

Die Europäische Politische Zusammenarbeit

ELFRIEDE REGELSBERGER

Auch 1988 war ein eher unauffälliges Jahr für die EPZ. Weder gab es dramatische, jenseits der sonst üblichen Meinungsverschiedenheiten liegende Konflikte im Kreis der zwölf Regierungen noch einen sichtbaren Qualitätssprung bei der Definition und Umsetzung der „europäischen Außenpolitik“. Es fehlte nicht an den bekannten Appellen, Europa müsse in seiner unmittelbaren Nachbarschaft wie weltweit Mitverantwortung bei der Friedenssicherung und der Wahrung der Menschenrechte übernehmen¹. Doch wurden die Zwölf ihrem in der EEA (Art. 30) ausdrücklich verankerten Anspruch, eine eigene außenpolitische Identität einschließlich einer sicherheitspolitischen Dimension zu definieren, auch gerecht?

Hierüber gibt es nach wie vor sehr unterschiedliche Ansichten; doch scheinen sich die Stimmen derjenigen zu mehren, die die offizielle Lesart, wonach die EPZ „ständig umfassender auf alle auch unvorhersehbaren außenpolitischen Herausforderungen (...) antwortet“², nicht teilen. Die Kritiker der EPZ³ erhielten 1988 mehrfach Zuspruch von Kommissionspräsident Delors, der frühere Äußerungen hinsichtlich der Defizite einer europäischen Sicherheitspolitik wiederholte und das Fehlen von Leitlinien einer europäischen Ostpolitik bzw. die Uneinigkeit der Zwölf hierüber beklagte⁴. In Brüssel bedauerte man nicht nur die zähen und langen Debatten, die der Prinzipienerklärung des Europäischen Rates in Rhodos⁵ vorausgegangen waren, um eine umfassende Positionsbestimmung gegenüber den osteuropäischen Ländern vorzunehmen; vielmehr wuchs in der Kommission die allgemeine Sorge, das einstige „Musterkind“ des Integrationsprozesses der 70er und frühen 80er Jahre könnte mit der gegenwärtigen Dynamik in der EG nicht Schritt halten⁶. Der weiterhin am Konsensprinzip festgemachte Interessenausgleich in der EPZ vermittelt angesichts der vermehrten Mehrheitsvoten im Rat den Eindruck langwieriger Abstimmungsprozesse. Der Ertrag der kollektiven Diplomatie und ihre Wirksamkeit erscheinen Beobachtern in einem zunehmenden Mißverhältnis zu stehen. Der Bedarf an kohärenten, die Möglichkeiten und Instrumente der EPZ wie der EG nutzenden, außenpolitischen Entscheidungen wächst demgegenüber. Der Wille, diese von der EEA vorgezeichnete Strategie in immer mehr konkreten Fällen anzuwenden, ist vorhanden und findet bereits seinen Ausdruck – zunächst überwiegend in den internen Beratungen, und dort hoffentlich nicht nur aus rein technisch-organisatorischen Gründen, sondern auch der Sache wegen. Der Abbruch der Verhandlungen der EG mit Rumänien im Mai

1989 als Antwort auf die fortgesetzte Mißachtung der Menschenrechte ist nur ein Beispiel für die wirkungsvolle Koppelung politischer, in der EPZ formulierter Elemente einer europäischen Außenpolitik mit dem diese in ihrer Wirksamkeit erheblich stützenden EG-Instrumentarium. Die bereits in früheren Jahren maßgeblich von Bundesaußenminister Genscher angestoßene und 1988 zu einem Markenzeichen der deutschen Präsidentschaft avancierte interregionale Zusammenarbeit, die in vielen Fällen einen politischen Dialog und eine wirtschaftliche Komponente in der Zusammenarbeit vereint⁷, ist der vielleicht bemerkenswerteste Ansatz eines kohärenten internationalen Auftretens der EG-Zwölf.

Die Themen im Überblick

Im Vergleich zum Vorjahr ist für 1988 eine explosionsartige Zunahme an offiziellen Stellungnahmen zu verzeichnen. Abgesehen von den traditionellen Auftritten der Präsidentschaft bei den Vereinten Nationen und im Rahmen der KSZE-Verhandlungen sowie aus Anlaß der Programm-/Bilanzrede und der monatlichen Fragestunde im Europäischen Parlament⁸ wurden weitere 81 Erklärungen abgegeben bzw. Gemeinsame Kommuniqués im Rahmen des politischen Dialogs mit anderen Staatengruppen (AKP-Gruppe; Arabische Liga; ASEAN; Contadora-Gruppe und Zentralamerikanische Staaten; Golf-Kooperationsrat) verabschiedet. Die deutsche wie die griechische Präsidentschaft waren dabei gleichermaßen aktiv.

Thematisch handelte es sich um eine Reihe für die EPZ bereits typischer Problemfälle der internationalen Politik (z. B. Afghanistan, Chile, Südafrika, Zypern); andere Tagesordnungspunkte, wie Birma oder die Lage in der Westsahara, tauchten erstmals in eigens hierzu formulierten Stellungnahmen auf. Daneben wurde eine Vielzahl anderer Punkte behandelt. Sie betrafen u. a. Strukturfragen der EPZ, etwa die nach einigem Tauziehen erreichte (zustimmende) Antwort auf den Wunsch des Leiters des EPZ-Sekretariats, an den informellen Treffen der Außenminister teilzunehmen, oder die Bestätigung G. Jannuzzis im Amt als Chef des Sekretariats für weitere zwei Jahre⁹. Die Beziehungen EPZ-EP, deren Zustand nach Meinung der Abgeordneten weiterhin beklagenswert ist, kamen ebenfalls zur Sprache. Der EPZ-Vorsitzende zeigte hierfür besonderes Verständnis¹⁰. Gesprochen wurde auch über eine „stärkere Betonung“ der Sicherheitspolitik in der EPZ¹¹, wobei sich kein Widerstand regte, solange sich dies auf die Ausschöpfung der EEA-Bestimmungen bezog. Ferner beschäftigten sich die Außenminister intern mit der Lage auf dem Balkan, den Beziehungen zur Türkei, die nach dem gescheiterten Assoziationsrat vom April 1988¹² weiteren Belastungen ausgesetzt waren, sowie dem Problem des internationalen Terrorismus.

Inhaltlich sind die EPZ-Texte unterschiedlicher Natur. Sie können sich auf sehr spezifische Tagesereignisse der internationalen Politik beziehen¹³ und die Haltung der Zwölf dazu, positiv würdigend¹⁴ oder bedenklich-ablehnend¹⁵, enthalten. Bei Themen, die bereits mehrfach Gegenstand von EPZ-Äußerungen waren, wurde

Übersicht: Erklärungen der EPZ 1988 (einschließlich Schlußfolgerungen des Europäischen Rates, veröffentlichter Demarchen und Gemeinsamer Schlußkommunikés im Rahmen des politischen Dialogs mit Staatengruppen).

Thema	Anzahl der Texte
Äthiopien	2
Afghanistan	5
ASEAN, Kambodscha	2
Arabisch-Israelischer Konflikt, einschl. besetzte Gebiete, PLO	7
Argentinien	1
Bericht der Außenminister über die Europäische Union an den Europäischen Rat	1
Birma	2
Chile	3
Euro-Arabischer Dialog	1
Golf-Kooperationsrat	1
Guatemala	1
Haiti	3
Honduras	1
Horn von Afrika	1
Internationale Rolle der EG/Zwölf	1
Iran/Irak	2
Korea	2
Lage der Kurden	1
Lateinamerika	1
Libanon	5
Memorandum zu den im Rahmen der EPZ auf dem Gebiet der Menschenrechte unternommenen Maßnahmen	1
Marokko/Algerien	1
Nicaragua	1
Organisation für Afrikanische Einheit	2
Ost-West-Beziehungen und KSZE	4
Panama	1
Polen	1
Sudan	2
Südafrika (einschl. N. Mandela)	8
Südliches Afrika/Namibia	5
7. Zusammenfassender Bericht über die Anwendung des Verhaltenskodex für Unternehmen der Gemeinschaften mit Tochtergesellschaften in Südafrika	1
Presseerklärung zum Verhaltenskodex	1
Weigerung der USA, J. Arafat ein Visum zu erteilen	1
Westsahara	1
Zentralamerika	5
Terrorismus (Zerstörung des PanAm-Zivilflugzeuges Nr. 103)	1
Zerstörung eines iranischen Airbus durch die US-Luftwaffe	1
Zypern	1
gesamt:	81

der bereits erreichte *acquis politique* wiederholt und – falls erforderlich und von allen Beteiligten gewünscht – konkretisiert und an neue Situationen angepaßt¹⁶.

Bei einigen traditionellen EPZ-Themen mit herausragender Bedeutung für die Zwölf gibt es mittlerweile einen bemerkenswerten Bestand an Grundüberzeugungen und ausdifferenzierten Aktionsmöglichkeiten, der einervtieften – im Rahmen dieses Beitrags jedoch nicht zu leistenden – Analyse wert ist. Europas Rolle im Nahen Osten und in den Ost-West-Beziehungen gehören zweifellos dazu¹⁷. Einige Aspekte der EPZ-Politik des Jahres 1988 mögen die Chancen, aber auch die Grenzen einer „europäischen Außenpolitik“ in diesen zentralen Fragen beleuchten.

Die Zwölf und der Nahostkonflikt

Hier war die EPZ-Politik von Kontinuität in den Kernaussagen auf der Basis der Venedig-Erklärung von 1980 einerseits, von diplomatischem Handlungsbedarf andererseits gekennzeichnet. Letzterer war vor allem als europäischer Flankenschutz für die den Plan einer Nahost-Friedenskonferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen unterstützenden Konfliktparteien zu verstehen. Die Zwölf wurden auch 1988 nicht müde¹⁸, die Notwendigkeit eines solchen Schrittes zu bekräftigen. Sowohl der deutsche als auch der griechische EPZ-Vorsitzende reisten in die Nahostregion: Genscher besuchte neben Syrien auch Israel; sein Kollege aus Athen bevorzugte hingegen ausschließlich arabische Länder. Herausragendstes Ereignis war die Einladung der Zwölf an den jordanischen König zu einem Meinungsaustausch mit den Außenministern der EG-Länder. Mit dieser für die EPZ bisher einmaligen Geste an den Gastgeber des Sondergipfels der Arabischen Liga vom November 1987 in Amman versuchte man ein weiteres Zeichen zu setzen¹⁹. In die gleiche Richtung ging ein Treffen des deutschen Außenministers mit seinem algerischen Kollegen als dem Vorsitzenden des Ministerausschusses der Arabischen Liga und deren Generalsekretär²⁰.

Während die Bundesrepublik ihrer Grundlinie treu blieb und auch nicht im Namen der Zwölf Kontakt mit PLO-Chef Arafat aufnahm, gehört dies zu den Selbstverständlichkeiten der griechischen und anderer europäischer Regierungen²¹. Athen war es auch – unterstützt insbesondere von Madrid²² –, das 1988 immer wieder für ein Zusammentreffen der Außenminister der Zwölf mit Arafat warb²³. Der Ruf nach einer solchen Geste wurde in der zweiten Jahreshälfte um so lauter und fand im Kreis der Zwölf in dem Maße Zuspruch, wie sich die PLO in Richtung einer Anerkennung der einschlägigen Prinzipien einer Friedenslösung bewegte. Wenngleich es Griechenland während seines EPZ-Vorsitzes versagt blieb, eine solche Begegnung zu arrangieren, konnte es doch gleich zu Beginn der spanischen Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1989 zusammen mit dem Vertreter Frankreichs als Mitglied der Außenminister-Troika an einem Treffen mit Arafat in Madrid teilnehmen²⁴. Dieses deutliche EPZ-Signal zugunsten der arabischen und palästinensischen Seite war durch eine Serie von Ereignissen – Zustimmung des Palästinensischen Nationalrates zu den Resolutionen 242 und 338 des UN-Sicherheitsrates²⁵, Gesprächsbereitschaft der USA mit der PLO²⁶ – begünstigt worden,

die es auch den zögernden EPZ-Partnern ermöglichte, ihre Zustimmung zu einem derart demonstrativen Akt zu geben. Zu ihnen zählen neben Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland traditionell die Niederlande, die vor allem um einen relativ gemäßigten europäischen Ton gegenüber Israel bemüht waren²⁷. Dazu gehörte auch das „Werben“ der deutschen Präsidentschaft im Europäischen Parlament für die Verabschiedung des EG-Finanzprotokolls mit Israel²⁸, das dort seit langem auf Eis lag, zu seinem Inkrafttreten aber gemäß den erweiterten parlamentarischen Befugnissen bei Assoziierungsabkommen seit der EEA der Zustimmung des EP bedurfte²⁹.

Die erst Ende Dezember am Rande einer Ratstagung und nicht schon anlässlich des Europäischen Rats von Rhodos – wie von einigen Teilnehmern gewünscht³⁰ – getroffene Entscheidung eines Treffens mit Arafat³¹ war mit Rücksicht auf die um „Ausgewogenheit“ in der europäischen Nahostpolitik bemühten Regierungen mit der Verpflichtung gekoppelt, auch die anderen Konfliktparteien – konkret: Israel – zu kontaktieren³². Die britische Regierung mahnte mit Rücksicht auf die amerikanische Politik ebenfalls vor voreiligen EPZ-Entscheidungen. Zusammen mit den genannten Partnern verhinderte sie einen von der EPZ-„Südschiene“ unterstützten Beschluß, die Sympathie der Europäer für die PLO durch eine Präsenz der Außenminister bei der UN-Debatte über Palästina im Dezember 1988 in Genf zu dokumentieren³³. Die Ausrufung des Palästinenserstaates durch den Palästinensischen Nationalrat barg ebenfalls Zündstoff für die EPZ-Abstimmung. Die von Beobachtern erwartete umgehende offizielle Anerkennung durch Griechenland und möglicherweise Spanien wurde zugunsten eines „Konsenses“ der Zwölf zurückgestellt. Wegen der von anderen EG-Ländern als „völlig verfrüht“³⁴ und/oder aus juristischen Erwägungen als unüblich³⁵ bezeichneten Entscheidung blieb für die Haltung der Zwölf zunächst lediglich der Weg, eine offizielle Stellungnahme hierzu gar nicht erst abzugeben. Bei der Genfer Konferenz gelang dann sogar ein einheitliches Votum gegen den Palästinenserstaat.

In den Gesprächen mit Israel war das zweite Hauptthema neben der Friedenskonferenz die Lage in den besetzten Gebieten. Mit deutlicher Schärfe verurteilten die Zwölf immer wieder die israelische Siedlungspolitik³⁶ und demarchierten mehrfach bei der Regierung in Jerusalem³⁷. Weitergehende Überlegungen eines europäischen Engagements, wie sie etwa in dem Vorschlag der italienischen Regierung, die besetzten Gebiete unter einem Mandat der EG zu verwalten, zum Ausdruck kamen, stießen im EPZ-Kreis überwiegend auf Skepsis und wurden nicht weiter behandelt³⁸. Gleichzeitig setzten die Europäer ihre von Israel immer wieder gestörten Bemühungen fort, die direkte Einfuhr von Erzeugnissen aus dem Westjordanland und dem Gaza-Streifen in die EG zu erleichtern. Im Dezember 1988 erreichten schließlich die ersten direkt importierten Grapefruits ihren europäischen Bestimmungsort³⁹.

Zwei weitere Ereignisse im Rahmen der europäischen Nahostpolitik, an deren Zustandekommen die deutsche Präsidentschaft maßgeblichen Anteil hatte, sind erwähnenswert:

– Der seit einem Jahrzehnt brachliegende Euro-Arabische Dialog erhielt mit einem Treffen auf Außenministerebene⁴⁰ gleichermaßen einen neuen Anstoß und eine Aufwertung. Das auf beiden Seiten nach der Troika-Formel besetzte Ministergespräch war das erste in der Geschichte dieser interregionalen Zusammenarbeit. Mit ihm konnte endlich die zwar unterschwellig stets wirksame, offiziell aber lange Zeit abgelehnte „politische“ Dimension des Dialogs zum Tragen kommen. Das Treffen ist ferner als Zeichen der Normalisierung der europäischen Beziehungen zu Syrien, das im Frühsommer 1988 gerade den Vorsitz der Arabischen Liga innehatte, zu verstehen⁴¹, wenngleich Großbritannien die Verhandlungen über das Finanzprotokoll EG-Syrien weiterhin blockierte.

– Der Abschluß eines Kooperationsabkommens und die Erklärung über einen politischen Dialog der EG und ihrer Mitgliedstaaten mit den Vertragsparteien des Golf-Kooperationsrates⁴². Ungeachtet der insbesondere in ökonomischen Fragen weiterhin bestehenden Divergenzen beider Seiten signalisierte diese Entscheidung das besondere Interesse der EG-Zwölf an einer breit angelegten, vertieften Zusammenarbeit mit einer für die Befriedung der Golfregion und des Nahen Ostens wichtigen Staatengruppe, die ihrerseits um mehr internationales Gewicht und Anerkennung bemüht ist. Die Beziehung EG-Zwölf/GCC wird von den Beteiligten ausdrücklich nicht als Konkurrenz zum EAD, sondern als dessen Ergänzung eingestuft.

Ansätze einer europäischen Ostpolitik

1988 verging kein Gespräch auf Minister- und Direktorenebene, ohne das Ost-West-Verhältnis aufzugreifen. Die Entwicklung bei den Rüstungskontrollverhandlungen nach dem INF-Vertrag war ein Thema. Die Diskussion über deren Inhalt sowie über die Frage, wie und worüber Nato und Warschauer Pakt nach der Wiener Konferenz unter dem KSZE-Dach über die konventionelle Abrüstung und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen verhandeln sollten, wurden aus den bekannten Gründen an der EPZ vorbei geführt. Bei den EPZ-Beratungen ging es vorrangig um den mehrfach stockenden KSZE-Prozeß in Wien und um eine umfassende Neudefinition der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den EG-Europäern und den europäischen RGW-Staaten.

Die KSZE-Verhandlungen über ein aus EPZ-Sicht „substantielles und ausgewogenes“ Schlußdokument⁴³ konnten zum Bedauern der Zwölf 1988 noch nicht vollendet werden. Wie im Vorjahr legte man besonderen Wert auf eine entsprechende Berücksichtigung der menschlichen Dimension und scheute sich nicht, Fälle von Menschenrechtsverletzungen vorzubringen sowie bei den betreffenden Regierungen – 1988 insbesondere der rumänischen – vorstellig zu werden⁴⁴. Erhebliche Meinungsverschiedenheiten gab es EPZ-intern über die von Moskau vorgeschlagene Menschenrechtskonferenz, die dritte in einer Serie entsprechender Veranstaltungen bis zum nächsten KSZE-Folgetreffen 1992 in Helsinki⁴⁵. Bonn führte die Verfechter einer Öffnungsstrategie gegenüber der Sowjetunion im Kreis der Zwölf an⁴⁶. London, unterstützt von den Niederlanden und Portugal, be-

harrte noch Anfang 1989 auf einem Gegenkurs⁴⁷. Auch die französische Regierung brauchte eine Weile, bis sie ihre Zurückhaltung aufgab und auf die Seite der Befürworter überwechselte⁴⁸.

Außer über die Menschenrechtskonferenz stritt man sich über das Wann und Wie eines politischen Dialogs der Zwölf mit der Sowjetunion. Für Außenminister Genscher war dieses Element der „Verstetigung und Verfestigung der West-Ost-Beziehungen“⁴⁹ – die von deutscher Seite neuerdings benutzte Formulierung zur Bezeichnung der neuen Qualität der Beziehungen in (Gesamt-)Europa – seit langem ein wesentlicher Bestandteil. Auch Griechenland ließ nichts unversucht, während seiner Präsidentschaft einen diesbezüglichen EPZ-Beschluß zu erzielen⁵⁰. Die Regierung in Athen hätte die Ingangsetzung des Dialogs nur allzugerne auch noch mit einem entsprechenden Treffen mit der sowjetischen Regierung gekrönt. Das Andauern der KSZE-Gespräche über 1988 hinaus ermöglichte es jedoch erst dem spanischen EPZ-Vorsitzenden, die am Rande der KSZE in Wien vorgesehene Begegnung wahrzunehmen. Auch hinsichtlich des Formats eines politischen Dialogs mit Moskau bedurfte es 1988/89 intensiver Beratungen. Man verständigte sich schließlich auf ein dreistufiges Verfahren⁵¹: Außer dem bereits genannten Treffen in Wien soll es Gespräche der Botschafter der EG-Länder in Moskau mit Vertretern der dortigen Regierung geben; als zweiter Schritt ist die Reise der Direktoren-Troika nach Moskau vorgesehen⁵²; schließlich ist für Herbst 1989 ein Treffen der zwölf Außenminister mit ihrem sowjetischen Kollegen am Rande der UN-Generalversammlung geplant. Die am 25. 6. 1988 unterzeichnete Gemeinsame Erklärung EG-RGW bildet ein weiteres Element der europäischen Ostpolitik 1988/89 ebenso wie die sich daran anschließenden Verhandlungen der EG mit einzelnen RGW-Ländern über den Handel und andere Formen der Zusammenarbeit⁵³.

Ausblick

Es bleibt zu hoffen, daß sich der 1988 in diesem und anderen Sektoren einer europäischen Außenpolitik sichtbare Trend zu mehr Kohärenz von EPZ und EG-Außenbeziehungen verstärkt und auch auf Themen ausstrahlt, die jenseits des internationalen Tagesgeschehens liegen. Zu denken ist dabei an die mit Blick auf den Beitrittsantrag Österreichs und den bereits seit 1987 vorliegenden Wunsch der Türkei um Aufnahme in EG und EPZ anstehende grundsätzliche Klärung der außen- und sicherheitspolitischen Orientierung einer EG-Zwölf auf dem Weg zur Europäischen Union. Ferner erfordert die Perspektive eines künftigen Binnenmarktes auch ein Nachdenken der Zwölf über Fragen der Rüstungsk Kooperation und einer diesbezüglichen gemeinsamen Exportpolitik, bisher eine höchst sensible Domäne nationalstaatlicher Entscheidung. Schließlich sollte in der EPZ intensiver über eine thematische Prioritätensetzung diskutiert werden, um auf diese Weise die Tagesordnung zu entschlacken und sie für die aus europäischer Sicht wirklich bedeutsamen Anliegen zu reservieren.

Anmerkungen

- 1 So u. a. Bundesaußenminister Genscher in der Programmrede der deutschen Präsidentschaft vor dem Europäischen Parlament v. 20. 1. 1989. Text in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Bulletin Nr. 9 v. 22. 1. 1989, S. 61 ff.
- 2 Ebd., S. 67. Ähnlich positiv auch Außenminister Papoulias in der Programmrede vor dem EP. ABl. der EG, Vhdl. des EP Anhang 2-367, S. 38
- 3 Vgl. u. a. Weidenfeld, Werner: Zur außen- und sicherheitspolitischen Rolle Westeuropas in der internationalen Politik, in: ders. u. a.: Die Architektur europäischer Sicherheit. Probleme, Kriterien, Perspektiven, Gütersloh 1989, S. 7-21.
- 4 Agence Europe v. 17. 11. u. 28./29. 11. 1988.
- 5 Vgl. Punkt II.5 der Schlußfolgerungen, der den Ost-West-Beziehungen gewidmet ist. Insgesamt geht es in diesem Abschnitt um eine Positionsbestimmung Europas in der internationalen Politik, wobei diese primär als Reaktion auf die Sorgen von Drittstaaten bezüglich „1992“ zu verstehen ist. Text abgedruckt als Dok. Nr. 4 in diesem Band.
- 6 So der Präsident der EG-Kommission, J. Delors, in einer Rede vor dem EP v. 17. 1. 1989. Text in: Agence Europe v. 26. 1. 1989.
- 7 Vgl. erste Ergebnisse eines mit Unterstützung der Fritz-Thyssen-Stiftung am Institut für Europäische Politik durchgeführten Forschungsprojekts bei: Regelsberger, Elfriede: The Dialogue of the EC/Twelve with other Groups of States, in: The International Spectator 4 (1988), S. 252-269.
- 8 Das vom Institut für Europäische Politik und dem Europäischen Hochschulinstitut Florenz herausgegebene European Political Cooperation Documentation Bulletin enthält – nach Präsidentschaften geordnet – die einschlägigen EPZ-Texte.
- 9 Agence Europe v. 20. 12. 1988.
- 10 Agence Europe v. 7./8. 3. 1988. Einzelheiten der EP-Vorschläge in: Punkt III Bericht Planas Puchades, EP-Dok. A 2-0086/88 v. 26. 5. 1988 und Schreiben des Vorsitzenden des Politischen Ausschusses an den EPZ-Vorsitzenden.
- 11 Z. B. anlässlich des Gymnich-Treffens der Außenminister in Konstanz. Süddeutsche Zeitung v. 7. 3. 1988. Vgl. auch den entsprechenden Hinweis in der Bilanzrede der deutschen Präsidentschaft. ABl. der EG, Vhdl. des EP Anhang 2-366.
- 12 Ursächlich hierfür war die Weigerung der türkischen Delegation, den im Redetext der europäischen Seite enthaltenen Hinweis, wonach das Zypern-Problem die türkisch-europäischen Beziehungen „berühre“, zu akzeptieren. Agence Europe v. 27. 4. 1988.
- 13 Z. B. Birma, Visumverweigerung für J. Arafat, Flugzeugabschüsse.
- 14 Z. B. betreffend die politische Lage in Chile, Namibia, Nicaragua.
- 15 Z. B. Südafrika, Haiti, Mißachtung der Menschenrechte in Honduras, Sudan.
- 16 Beispiele: Afghanistan, insbesondere im Hinblick auf den Rückzug der sowjetischen Truppen. Zentralamerika: Unterstützung für die Schaffung des Zentralamerikanischen Parlaments und für den Soforthilfeplan für die Region.
- 17 Zu nennen sind auch die Politik der Zwölf gegenüber Südafrika und seinen Nachbarn im Südlichen Afrika und im Falle Zentral-/Lateinamerikas. Da in beiden Fällen kaum neue Elemente im *acquis politique* festzustellen waren, wird hier auf eine ausführliche Darstellung verzichtet.
- 18 Vgl. u. a. Erklärungen v. 8. 2., 26./27. 6., 21. 11., 2./3. 12., 16. 12. 1988. Die Texte sind u. a. in den monatlichen Ausgaben des Bulletins der EG abgedruckt.
- 19 Das Treffen fand am 8. 2. 1988 in Bonn im Anschluß an eine EPZ-Sitzung der Außenminister statt.
- 20 Bilanzrede des EPZ-Vorsitzenden vor dem EP. Ausführliche Sitzungsberichte v. 16. 6. 1988, S. 265. Vgl. auch die Gespräche des griechischen Außenministers mit C. Klibi im August.
- 21 Vgl. etwa das Treffen Arafat/Papoulias und Arafat/Dumas in Straßburg, als sich der PLO-Chef im September 1988 auf Einladung der Sozialistischen Fraktion des EP dort aufhielt. Süddeutsche Zeitung v. 16. 9. 1988; Le Monde v. 14. 9. 1988.
- 22 Zur Rolle Spaniens in der EPZ: Regelsberger, Elfriede: Spanien und die EPZ. Kein Enfant terrible, in: Integration 2 (1989), S. 72-82.
- 23 Z. B. anlässlich des informellen Treffens der Außenminister in Ioannina am

- 15./16. 10. 1988. Agence Europe v. 17./18. 10. 1988 sowie im Vorfeld des Europäischen Rates von Rhodos. Lt. Süddeutsche Zeitung v. 5. 12. 1988.
- 24 An dem Gespräch nahmen ferner A. Matutes für die EG-Kommission sowie der Leiter des EPZ-Sekretariats teil.
- 25 Die Zwölf begrüßten diesen Schritt ausdrücklich in einer Erklärung v. 21. 11. 1988. Europa-Archiv 1 (1989), S. D 14.
- 26 Ausdrücklich von den Zwölf willkommen heißen. Erklärung v. 16. 12. 1988. Geschlossen wandten sich die Zwölf gegen das von der amerikanischen Regierung verhängte Einreiseverbot für Arafat zur Teilnahme an der VN-Debatte zu Palästina. Vgl. Erklärung v. 30. 11. 1988. Europa-Archiv 1 (1989) S. D 16. Die deshalb von der Generalversammlung beschlossene Verlegung der Sitzung nach Genf wurde von den Zwölf ebenfalls befürwortet. Großbritannien enthielt sich jedoch als einziges EG-Land bei der Abstimmung, um sein Mißfallen über den Wortlaut der Resolution zu dokumentieren. Neue Zürcher Zeitung v. 6. 12. 1988.
- 27 Le Monde v. 10. 2. 1988.
- 28 Vgl. die Bilanzrede des Bundesaußenministers vor dem EP, a.a.O.
- 29 Erfolgte schließlich nach mehrmaligen Anläufen im Oktober 1988, Bulletin der EG 10 (1988), S. 72.
- 30 U. a. Kommissionspräsident Delors und Präsident Mitterrand lt. Le Monde v. 6. 12. 1988.
- 31 Bulletin d'informations v. 20. 12. 1988.
- 32 Vgl. Reise des spanischen Außenministers im Namen der Zwölf nach Israel v. 15./16. 1. 1989. Agence Europe v. 12. 1. 1989.
- 33 Der in Rhodos erzielte Kompromißvorschlag lautete: Griechenland wird als Sprecher der Zwölf den Außenminister entsenden, die EG-Partner werden auf Botschafterebene teilnehmen. Süddeutsche Zeitung v. 5. 12. 1988.
- 34 So die deutsche Staatsministerin I. Adam-Schwaetzer lt. Generalanzeiger v. 16. 11. 1988 und die britische Regierung lt. Agence Europe v. 21./22. 11. 1988.
- 35 So die französische Haltung, wonach die Anerkennung eines Staates das Vorhandensein eines entsprechenden Territoriums voraussetzt, lt. Bulletin d'informations v. 17. 11. 1988.
- 36 Vgl. die in Anm. 18 genannten Erklärungen sowie jene v. 15. 4. u. 23. 8. 1988.
- 37 So die Botschafter-Troika im Januar, August und Oktober 1988.
- 38 Neue Zürcher Zeitung v. 30. 4. 1988.
- 39 Agence Europe v. 22. 12. 1988.
- 40 22. Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaften 1988, Brüssel und Luxemburg 1989, S. 359 f.
- 41 Vgl. Regelsberger, Elfriede: Europäische Politische Zusammenarbeit, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 1987/88, S. 252.
- 42 Texte in: Europa-Archiv 19 (1988), S. D 574 ff. Vgl. Musto, Stefan: Entwicklungspolitik, in diesem Band.
- 43 Vgl. u. a. die Rede von Staatsminister Schäfer im Namen der Zwölf in Wien. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 23. 1. 1988; Bulletin d'informations v. 7. 3. 1988.
- 44 Agence Europe v. 24. 9. 1988.
- 45 Text des Schlußdokuments von Wien: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Bulletin Nr. 10 v. 31. 1. 1989, S. 77 ff.; vgl. auch Schneider, Heinrich: Über Wien nach Gesamteuropa? Der KSZE-Prozeß nach dem dritten Folgetreffen, in: Integration 2 (1989), S. 47-60.
- 46 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 17. 10. 1988; Agence Europe v. 17./18. 10. 1988; Generalanzeiger v. 16./17. 7. 1988.
- 47 Die Zustimmung erfolgte am 5. 1. 1989. Le Monde v. 8. 1. 1989.
- 48 Bulletin d'informations v. 14. 10. 1988.
- 49 Vgl. Anm. 20.
- 50 Dieser erfolgte anläßlich der Vorbereitungen der Politischen Direktoren und der Außenminister für den Europäischen Rat von Rhodos. Vgl. oben Anm. 5.
- 51 Agence Europe v. 25. 1. 1989. Generalanzeiger v. 2. 2. 1989.
- 52 Erfolgte im April 1989. Vgl. auch Agence Europe v. 6. 4. 1989.
- 53 Europa-Archiv 19 (1988), S. D 576 ff. Die Erklärung ist abgedruckt als Dok. Nr. 1 in diesem Band. Vgl. auch Machowski, Heinrich: Der RGW, in diesem Band.

Weiterführende Literatur

- Auswärtiges Amt: Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ). Dokumentation, 8. Aufl., Bonn 1987.
- Axt, Heinz Jürgen: Auf dem Weg zur gemeinsamen europäischen Außenpolitik? Zum Entwicklungsstand der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ), in: Neue Politische Literatur 2 (1988), S. 252-267.
- Europäisches Hochschulinstitut/Institut für Europäische Politik (Hrsg.): European Political Cooperation Documentation Bulletin 1985 ff. Nr. 1 ff. Luxemburg (erscheint halbjährlich).
- Gérard, Yannick: La Coopération politique européenne. Méthodes et résultats, in: Revue du Marché Commun 309 (1987), S. 466-470.
- Jannuzzi, Giovanni: La Politica Estera dell' Europa Comunitaria, Padua 1988.
- Pijpers, Alfred/Regelsberger, Elfriede/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): European Political Cooperation in the 1980s. Towards a Foreign Policy for Western Europe?, Den Haag 1988.
- Rummel, Reinhardt: EPZ - Erfolgsformel für gemeinsame westeuropäische Außenpolitik?, Ebenhausen 1987.
- Schoutheete, Philippe de: La coopération politique européenne, 2. Aufl. Brüssel 1986.
- Weidenfeld, Werner: Zur außen- und sicherheitspolitischen Rolle Westeuropas in der internationalen Politik, in: ders. u. a.: Die Architektur europäischer Sicherheit: Probleme, Kriterien, Perspektiven (Strategien und Optionen für die Zukunft Europas, Arbeitspapiere 2), Gütersloh 1989, S. 7-21.